

Mut zum Aufbruch

2025 ist das Jahr der großen Jubiläen: 75 Jahre Schuman-Erklärung, 80 Jahre Weltkriegsende, 40 Jahre Schengen, 75 Jahre europäischer Grenzsturm und 35 Jahre Deutsche Einheit. Eigentlich jede Menge Grund zum Feiern, wären da nicht die Rückschritte, Spaltungen und das Wanken der uns bekannten internationalen Ordnung. Der russische Angriffskrieg, der grundlegende Wechsel der US-Politik unter Donald Trump, der Anstieg hybrider Bedrohungen und die Krise des internationalen Rechts stellen Europa vor nie dagewesene Herausforderungen. Darauf braucht es mutige Antworten.

Folgerichtig forderte das von unserem Dachverband UEF und weiteren föderalistischen Verbänden wiedergegründete „Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa“ zum 9. Mai einen „Zweiten Schuman-Plan für eine europäische Verteidigung und eine politische Union“. In der gleichlautenden Erklärung, der sich das EUD-Präsidium angeschlossen hat, wird für die Schaffung eines Europäischen Verteidigungs- und Sicherheitssystems sowie für eine Vergrößerung des EU-Haushalts geworben, um die gemeinsamen europäischen Sicherheitsbedürfnisse und andere europäische öffentliche Güter dauerhaft gewährleisten zu können.

Auch auf die neue Bundesregierung kommen große Herausforderungen zu. Die deutsche Politik steht vor der großen Aufgabe, das zwischen 1950 und 1989/1990 Erreichte, ein europäisch integriertes, fest im politischen Westen verankertes und schließlich wiedervereintes demokratisches Deutschland, in einer postamerikanischen Weltordnung abzusichern. Dies kann nur gelingen, wenn Deutschland voll auf den weiteren Ausbau des europäischen Projekts setzt.

Um die freiheitliche Grundordnung auch für die kommenden Generationen zu bewahren, wird die Europäische Union über ihre wirtschaftliche Bedeutung hinaus zu



Schengen steht wie kein anderer Ort für die europäische Freizügigkeit. In dieser Ausgabe berichten wir von einer Grenzwanderung zum historischen Ort am Dreiländereck und den aktuellen [#DontTouchMySchengen](#) Aktionen der JEF Deutschland.

Foto: TPopova/iStock

einem politischen Akteur werden müssen, strategisch autonom, wehrhaft, krisenresilient, ein verlässlicher Ordnungsfaktor in einer in Unordnung geratenen Welt, der weiterhin die Stärke des Rechts verteidigt, ohne dabei auf dafür gebotene Machtreserven zu verzichten.

Wir befinden uns in einer großen Krisenzeit, an deren Ausgang Europas und damit zwangsläufig auch Deutschlands Niedergang oder aber ein neuer europäischer Aufbruch stehen kann. Der europäische Bundesstaat, für den beide Regierungsparteien sich in ihrer Geschichte in der ein oder anderen Form wiederholt ausgesprochen haben, steht für den Aufbruch und das Ende der langen Krisenjahre.

Die Jubiläen von Schengen und der Wiedervereinigung mahnen uns, mit allen Kräften für den politischen und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und der EU einzutreten. Am 6. August 1950 stürmten 300 Studierende und junge Erwachsene aus neun verschiedenen Ländern friedlich die deutsch-französische Grenze bei Sankt Germanshof und zersägten die Schlagbäu-

me, um für ein föderales Europa ohne Binnengrenzen zu demonstrieren. Europa-Union und JEF haben sich jahrzehntelang für grenzenloses Reisen innerhalb der EU eingesetzt, bis offene Grenzen mit dem Schengener Abkommen 1985 endlich Wirklichkeit wurden. Entsprechend deutlich forderte der gemeinsame EUD/JEF-Bundesausschuss im März die neue Bundesregierung dazu auf, die eingeführten Grenzkontrollen an allen deutschen Außengrenzen umgehend abzuschaffen und sich entschieden gegen deren Verlängerung oder gar Verstetigung einzusetzen. Im Jahr seines 40-jährigen Bestehens muss der Schengenraum als Kernstück der europäischen Integration verteidigt und geschützt werden.

Ohne die deutsche Wiedervereinigung könnten wir in diesem Jahr auch nicht das 10-jährige Bestehen unseres sächsischen Landesverbandes feiern, das im Oktober im Rahmen des EUD-Bundeskongresses in Chemnitz begangen wird. Lassen Sie uns gemeinsam Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und die Errungenschaften des freien und geeinten Europas stärken und verteidigen! ◆

Unsere Abgeordneten im 21. Deutschen Bundestag

Seit 2007 organisieren sich die Mitglieder von Europa-Union und JEF im Deutschen Bundestag in einer informellen Parlamentariergruppe. Ziel der Vereinigung ist es, den Austausch zu europäischen Themen über Fraktionsgrenzen hinweg zu fördern und Europa im Parlament mehr Sichtbarkeit zu verschaffen. So hatte die Parlamentariergruppe schon seit ihrer Gründung dafür geworben, dass auf den Türen des Reichstags neben der deutschen Fahne auch die Europafahne dauerhaft gehisst wird. 2011 schließlich wurde auf Anweisung des damaligen Bundestagspräsidenten Norbert Lammert auf dem Südostturm statt der vierten deutschen Fahne die Europafahne angebracht. Ein wichtiges Zeichen, da ein Großteil der deutschen Gesetzgebung seinen Ursprung auf europäischer Ebene hat. Traditionell veranstaltet die Parlamentariergruppe europapolitische Diskussionen im Bundestag, die nicht nur Abgeordneten und Bundestagsmitarbeitenden, sondern auch der Berliner Öffentlichkeit offenstehen. Der „Klassiker“ ist das

Parlamentarische Europaforum (PEF) im interaktiven Fishbowl-Format, das die JEF Deutschland gemeinsam mit der Parlamentariergruppe durchführt und das explizit ein jüngeres Publikum anspricht.



Foto: Thomas Ulrich/Pixabay

Zu Beginn der 21. Legislaturperiode gehören dem Bundestag 114 Mitglieder von Europa-Union und JEF aus den Fraktionen CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die

Grünen an. Im Zuge der zurückliegenden Bundestagswahl waren viele altgediente EUD-Mitglieder aus dem Parlament ausgeschieden. Hier schlägt auch zu Buche, dass die FDP nicht mehr im Bundestag vertreten ist. Ziel ist es trotz allem, in den kommenden Monaten und Jahren wieder zu der bisherigen Stärke von annähernd 200 Abgeordneten zu gelangen. Daher werben EUD und JEF in ihren Begrüßungsschreiben an die Neugewählten für eine Mitgliedschaft. Auch die Landes- und Kreisverbände sind aufgerufen, die für sie zuständigen proeuropäischen Abgeordneten für eine Mitgliedschaft in unseren Verbänden zu gewinnen.

Erfreulich ist, dass in der Bundesregierung mit Bundeskanzler Friedrich Merz und Außenminister Johann Wadephul EUD-Mitglieder in den höchsten Positionen vertreten sind. Insgesamt gehört ein Drittel des Bundeskabinetts der EUD an sowie gut ein Viertel der Parlamentarischen Staatssekretärinnen und -sekretäre. ■

Demokratie und Europa im Klassenzimmer

Das Schulprojekt im Wahljahr 2025

Die Europa-Union Deutschland hat Anfang 2025 ein neues Schulprojekt gestartet, um Jugendliche für demokratische Prozesse und europäische Politik zu begeistern. „Deutschland wählt – Demokratie-Workshops für junge Menschen“, so der Titel des Projekts, wird von der Deutschen Postcode Lotterie Stiftung gefördert und richtet sich an Schülerinnen und Schüler im Alter von 14 bis 22 Jahren. Ursprünglich war geplant, bundesweit Workshops speziell für Erstwählerinnen und -wähler bis zur regulären Bundestagswahl im September 2025 durchzuführen. Doch das Platzen der Ampel-Koalition und die vorgezogene Bundestagswahl im Februar 2025 machten eine Anpassung in zwei Projektphasen notwendig.

Phase I: Erstwahlprofis

Trotz dieser unerwarteten politischen Turbulenzen ist es gelungen, das Schulprojekt erfolgreich auf den Weg zu bringen.

In der heißen Phase vor der Wahl wurden im Januar und Februar vier Workshops mit insgesamt rund 75 Teilnehmenden an Berliner Schulen veranstaltet. Das Angebot richtete sich vorrangig an Erstwählerinnen und -wähler und konzentrierte sich auf die bevorstehende Bundestagswahl – von den Aufgaben der Wahlhelferinnen und Wahlhelfer bis hin zu den Positionen und Kandidierenden der Parteien. Um dies praxisnah zu gestalten, kooperierte die Europa-Union mit dem Hamburger Institut Haus Rissen und band deren Projekt „Erstwahlprofis“ ein. Die Jugendlichen wurden dabei zu Wahlhelferinnen und -helfern ausgebildet: Sie bauten selbstständig ein Wahllokal auf, simulierten den Wahltag und führten die Auszählung der Stimmen durch.

Auch an inhaltlicher Vielfalt mangelte es nicht. Am Carl-von-Ossietzky-Gymnasium beschäftigten sich politikinteressierte Schülerinnen und Schüler zunächst mit

grundlegenden Fragen der Demokratie. Auf einer „Meinungslinie“ im Klassenzimmer positionierten sie sich zu Thesen rund um Wahlen und Demokratie, um anschließend die Programme der Parteien und die Profile der Direktkandidatinnen und -kandidaten der Bundestagswahl zu erarbeiten. Ein abschließendes Quiz bot Gelegenheit, Wissen über die Aufgaben des Bundestages und den Ablauf einer Wahl spielerisch unter Beweis zu stellen.

Bei zwei ganztägigen Erstwahlprofis-Workshops am Inge-Deutschkron-Gymnasium für Schülerinnen und Schüler der Oberstufe stand die ganz praktische Vorbereitung auf den Wahltag im Mittelpunkt: Nach einem unterhaltsamen Einstieg mit einem Demokratie-Bingo, bei dem demokratische Grundbegriffe auf spielerische Weise vermittelt werden, beschäftigten sich die Jugendlichen mit den konkreten Auswirkungen der Gesetzgebung auf ihren Alltag. In

Kleingruppen erarbeiteten sie etwa, welchen Einfluss der Bundestag auf Sicherheit und Frieden, Schule und Bildung, Klimaschutz oder Altersvorsorge hat. Danach wurde es praxisnah: Die Jugendlichen schlüpften in die Rolle von Wahlvorständen und Wählenden und spielten die Abläufe im Wahllokal durch. So erhielten sie einen realitätsnahen Einblick in die Herausforderungen eines Wahltages – und ganz nebenbei die Motivation, sich am 23. Februar 2025 tatsächlich an ihrer ersten echten Wahl zu beteiligen.

Den Abschluss der ersten Projektphase bildete ein Workshop an der Margarethe-von-Witzleben-Schule. Diese inklusive Schule mit dem Förderschwerpunkt „Hören“ ermöglichte auch hörgeschädigten Jugendlichen die Teilnahme. Nach dem Demokratie-Bingo zu Beginn erarbeiteten die Jugendlichen auch hier in Gruppen, welchen Einfluss der Bundestag in verschiedenen Politikfeldern auf ihr eigenes Leben hat. Die lebhaften Diskussionen zeigten ein beachtliches Bewusstsein für politische Zusammenhänge und regten zugleich zum Nachdenken an. Natürlich durfte auch hier die praktische Übung nicht fehlen: Im Rollenspiel richteten



ten die Jugendlichen das Wahllokal ein und führten mit viel Motivation den Wahl- und Auszählungsprozess durch. Am Ende hatten sie nicht nur wichtige demokratische Ablä-

ufe selbst erlebt, sondern fühlten sich auch gut gerüstet für ihre Rolle als Jungwählerinnen und -wähler.

Phase II: Demokratie & Europa

Nach der Bundestagswahl startete die zweite Projektphase, mit der die europapolitische Bildungsarbeit in den Vordergrund rückte. Die sog. Demokratie-Workshops finden jetzt bundesweit statt und haben einen verstärkten Europabezug – schließlich stehen nach der nationalen Wahl weiterhin große politische Fragen mit europäischer Dimension im Raum. Ziel ist es, den Blick der Jugendlichen über den nationalen Tellerrand hinaus zu erweitern und zu zeigen, wie eng die Demokratie in Deutschland mit der europäischen Ebene verwoben ist.

Den Auftakt machte ein Projekttag an der IGS Schaumburg in Stadthagen (Niedersachsen). Besonders eindrucksvoll war der Veranstaltungsort: Die Workshop-Gruppe traf sich in der alten Synagoge von Stadthagen – einem historischen Lernort, der die Bedeutung von Toleranz, Erinnerungskultur und europäischen Werten spürbar machte. Schülerinnen und Schüler einer 12. Klasse wurden hier spielerisch an das Thema „Europa als Wertegemeinschaft – mehr als nur ein Wirtschaftsbündnis“ herangeführt. Eine zentrale Übung des Tages bestand darin, ihr eigenes „Haus Europa“ zu bauen. In diesem Planspiel gestalteten die Jugendlichen symbolisch ein Haus, das ihre eigene Europäische Union auf dem Fundament der von ihnen erarbeiteten europäischen Werte repräsentierte. Gemeinsam erarbeiteten sie die Funktionen der verschiedenen EU-Institutionen – von Parlament und Kommission bis zum Ministerrat – und überlegten, wie diese Institutionen die gemeinsamen europäischen Werte schützen und fördern. Durch diese greifbare Methode wurden abstrakte Begriffe wie Rechtsstaatlichkeit oder Gewaltenteilung für die Schülerinnen und



Beide Fotos: EUD

Schüler konkret erfahrbar. Am Ende des Tages hatten die Teilnehmenden nicht nur ein Modell der EU in den Händen, sondern auch ein besseres Verständnis dafür, wie Europa politisch funktioniert und warum die EU im Alltag der Menschen eine Rolle spielt.

Bis November sind weitere solcher Demokratie-Projektstage geplant. Dafür werden bundesweit interessierte Schulen und Bildungseinrichtungen gesucht.

Angesprochen sind alle Schulformen und Jugendgruppen im außerschulischen Bereich. Ziel der Veranstaltungsreihe ist es, junge Menschen frühzeitig für demokratische Prozesse zu sensibilisieren, ihnen europäische Politik verständlich zu machen und sie zur aktiven Teilhabe zu motivieren.

Das Projekt zeigt schon jetzt, wie wichtig und wirkungsvoll es ist, junge Leute dort abzuholen, wo sie stehen: im Klassenzimmer, mit abwechslungsreichen Methoden und Themen, die ihr Lebensumfeld berühren. So wird Demokratie erlebbar – von der ersten Stimmabgabe bis zur gemeinsamen Zukunftsgestaltung in Europa. Die Kombination aus aktueller Wahlvorbereitung und europabezogener Demokratiebildung stößt bei Schulen wie Schülerinnen und Schülern auf positive Resonanz.

Louis Goldstein

Schulen gesucht

Ihr Kreisverband kennt Schulen, die an dem Projekt Interesse haben könnten, oder Sie unterrichten selbst an einer Schule, zu der dieses Projekt passt? Dann melden Sie sich bitte in der EUD-Bundesgeschäftsstelle unter 030-921014006 oder buergerdialoge@europa-union.de.

Frei bewegen, frei leben

Warum wir Europas offene Grenzen jetzt verteidigen müssen

Seit fast zehn Jahren kämpfen wir mit der Kampagne [#DontTouchMySchengen](#) für ein Europa ohne Schlagbäume, für den Schutz der Freizügigkeit und für die Verteidigung des Schengen-Raums, eines der greifbarsten Errungenschaften europäischer Integration. Was als spontane Reaktion auf die Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen im Jahr 2016 begann, hat sich längst zu einem zentralen Pfeiler unserer politischen Arbeit entwickelt.

Heute, im Jahr 2025, spitzen sich die Entwicklungen erneut zu: Inmitten wachsender innenpolitischer Spannungen wird der Schengen-Raum erneut gezielt infrage gestellt. Grenzkontrollen werden verlängert, teilweise ausgeweitet, obwohl die rechtlichen Grundlagen dies gar nicht hergeben.

Trotz klarer Vorgaben des Schengener Grenzkodex greifen, neben der Bundesrepublik Deutschland, immer mehr Mitgliedstaaten auf Maßnahmen zurück, die mit europäischem Recht nicht vereinbar sind. Die vorgeblich temporäre Wiedereinführung von Grenzkontrollen, wie sie zuletzt unter Verweis auf sicherheitspolitische Großlagen oder Migrationsdruck erfolgte, verstößt in ihrer Dauer und Pauschalität gegen den Grundsatz der

Verhältnismäßigkeit. Schlimmer noch: Gerade weil diese Rechtsbeugung mit dem Schutz von Recht und Ordnung gerechtfertigt, hierzu sogar eine Notlage unterstellt wird, ist die Politik der Bundesregierung auch ein Spiel mit der Glaubwürdigkeit unseres Rechtsstaates.

Und das alles für symbolpolitische Maßnahmen, die nichts bringen als einen enormen organisatorischen und finanziellen Mehraufwand für Polizei und Verwaltung. Laut einer Studie des Europäischen Parlaments könnten allein wirtschaftliche Kosten in Höhe von bis zu 18 Milliarden Euro pro Jahr entstehen. Gleichzeitig steigt durch die selektive Kontrolle von Personen das Risiko von Racial Profiling und rassistischer Diskriminierung. Aber auch aus gesundheitspolitischer Sicht sind Grenzschießungen falsch: In Krisenzeiten behindern sie den Zugang zu medizinischer Versorgung und transnationalen Gesundheitsdiensten.

Die systematische Zurückweisung von Asylsuchenden an den deutschen Grenzen – insbesondere gegenüber Personen aus sogenannten „sicheren Drittstaaten“ – steht im klaren Widerspruch zur Dublin-III-Verordnung und verletzt fundamentale Grundrechte, etwa das Verbot kollektiver Ausweisungen und

das Recht auf Asyl gemäß der EU-Grundrechtecharta. Auch hier gilt: Was einmal zurückgenommen wurde, ist schwer wiederherzustellen. [#DontTouchMySchengen](#) bedeutet deshalb auch: [#DontTouchMyFreedom](#) und [#DontTouchMyEuropeanIdentity](#).

Die Grenzkontrollen sollen „Sicherheit“ erzeugen, um politische Zustimmung zu gewinnen. Das untergräbt die Glaubwürdigkeit der EU und ihr Versprechen eines grenzenlosen Europas. Wenn wir zulassen, dass mit jedem innenpolitischen Wind Grenzschränken errichtet werden, verlieren wir mehr als nur Mobilität. Wir verlieren Vertrauen, Zusammenhalt und europäische Handlungsfähigkeit.

Wir als JEF Deutschland wollen mit [#DontTouchMySchengen](#) einen Raum für Engagement schaffen und laden mit unseren Aktionen dazu ein, sich für ein grenzenloses Europa stark zu machen. Statt nationaler Alleingänge fordern wir eine europäische Antwort. Die aktuelle Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) muss rechtsstaatlich, solidarisch und mit klaren Schutzstandards ausgestaltet werden, sonst bleiben Grenzkontrollen ein permanenter Ausnahmezustand.

Deshalb haben wir zu einer Kampagnenwoche [#DontTouchMySchengen](#) vom 30. Juni bis 6. Juli 2025 europaweit aufgerufen! Schon vorher – am 30. Mai – setzten wir bei einer Demonstration im Regierungsviertel in Berlin gemeinsam ein Zeichen: für offene Grenzen, für die europäische Identität, für Freiheit.

Außerdem kann man die Kampagne digital unterstützen: mit der Unterschrift für unsere Petition „Offene Grenzen statt Schlagbäume“ auf [openPetition.de](#), mit dem Teilen unserer Inhalte oder durch das Folgen unseres Kampagnenkanals auf Instagram [@donttouchmyschengen](#).

Lasst uns gemeinsam laut werden. Lasst uns zeigen: Diese Freiheit lassen wir uns nicht nehmen!

Verantwortlich:

Helene Salzburger und Moritz Hergl,
Stellv. JEF-Bundesvorsitzende



Rheinland-Pfalz

Schengen „grenzenlos“ erwandern

Über 30 Europa- und Wanderbegeisterte aus zehn Ländern machten sich auf Einladung der Europa-Union Luxemburg, Pulse of Europe Luxemburg und der Europa-Union Trier am 1. Mai auf den Weg, bei strahlendem Wetter „Schengen grenzenlos“ in drei Ländern zu erwandern.

Vom deutschen Perl aus ging es zunächst über die Moselbrücke ins luxemburgische Schengen, um dort am Monument „Schengen-Abkommen“ den historischen Platz in Augenschein zu nehmen, von dem aus am 14. Juni 1985 die „Marie-Astrid I“ ablegte, damit auf dem Fluss am Dreiländereck das Schengen I-Abkommen unterzeichnet werden konnte. Ein Ort, an dem die historische Forderung der Europa-Union nach einem Europa ohne Grenzen und ohne Schlagbäume verwirklicht wurde.

Vorbei an den Baumaßnahmen zum neuen Europa-Museum Schengen, das am 14. Juni 2025 incl. der restaurierten Marie-Astrid I offiziell eröffnet werden wird, und dem Schloss Schengen ging es auf die Wanderroute „Schengen grenzenlos“ Richtung Frankreich bis zum Aussichtspunkt „Stromberg“ mit einem tollen Blick in den französischen Teil des Moseltals.

Ohne Grenzkontrollen ging es über Schengen wieder zurück nach Perl, um unter regem Austausch zur Wanderung und zu Themen der Europapolitik wieder Kräfte zu tanken. Ein erster Mai 2025, den auch das Präsidiumsmitglied der Europa-Union Deutschland, Ingo Espenschied, und der



Begeisterte Wanderer und Europäer
Foto: EUD Luxemburg

stellvertretende Landesvorsitzende der Europa-Union Rheinland-Pfalz, Günter Densborn, als wunderbare europäische Begegnung werteten.

Ein gelebtes Europa und mit Stefan Kohler (Europa-Union Luxemburg), Claude Franck (Pulse of Europe Luxemburg) und Matthias Rothengass (Europa-Union Trier) zufriedene Organisatoren.

Mainz

Der Baum, der niemals wuchs: Welche konkreten Einflüsse Europa auf persönliche Biografien haben kann, bewies Journalistin und Autorin Annika Sinner am 26. März im



Annika Sinner liest aus ihrem Buch.
Foto: Annika Sinner

Rahmen einer Lesung auf Einladung der Europa-Union Mainz. Ihr Roman „Der Baum, der niemals wuchs“ erzählt von den Verstrickungen einer schottischen Familie mit der Historie der Stadt Glasgow über sieben Generationen hinweg. Das Publikum erfuhr so Wissenswertes über die Stadt und die Mentalität der Menschen. Sinner selbst studierte in Glasgow und ist mit einem Schotten liiert, für den Roman recherchierte sie in den Museen und Bibliotheken der Stadt und verarbeitete persönliche Erzählungen der Familie ihres Freundes.

Worms

Besuch der Deutschen Nationalbibliothek: Anlässlich des Europatages unternahmen Mitglieder der Europa-Union Worms einen Ausflug nach Frankfurt am Main. Dort besichtigten sie die Deutsche Nationalbibliothek, die alle Medienwerke in deutscher Sprache aus dem In- und Ausland archiviert. Da mehrere Teilnehmer selbst schriftstellerisch tätig sind oder waren, konnten teilweise auch deren Werke am Standort im unterirdischen Magazin eingesehen werden. Unter Leitung des Vorsitzenden Dr. Jörg Koch besuchte die Gruppe auch den nahe gelegenen Hauptfriedhof mit Gräbern zahlreicher Prominenter. Die bereits 1828 eröffnete Begräbnisstätte ist als Park angelegt und spiegelt rund 200 Jahre europäische Kultur- und Sozialgeschichte wider.

Verantwortlich: Lisa Mandau



Am historischen Ort: Die Wandergruppe vor dem Denkmal zum Schengener Abkommen
Foto: EUD Luxemburg

Luxemburg

Let's talk about Europe!

Die Europa-Union Luxemburg (EUL) ist mit einer neuen Veranstaltungsreihe gestartet. Auftakt war am 12. März in Luxemburg-Stadt. Der Abend widmete sich dem Thema: „Auf dem richtigen Weg? Europäische Werte auf dem Prüfstand: Ein Blick auf Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in der EU“. Unter der Moderation von Hana Reichert und Claude Franck, beide EUL, fand eine interaktive Diskussionsrunde mit Anne Brasseur, ehem. Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und Ministerin a. D., und dem Politikwissenschaftler York Albrecht, IEP Berlin, statt.

Der Saal war gut gefüllt. Unter den Publikums Gästen waren auch Besucher von der Europa-Union Trier und aus dem Kreisverband Mayen-Koblenz.

Mit dem neuen Format möchten wir den Dialog über europäische Themen fördern. Weitere Abende sind in diesem Jahr fest eingeplant.



(v. l.) Claude Franck, Hana Reichert, Anne Brasseur, York Albrecht

75 Jahre Schuman-Plan

Zur Feier von „75 Jahre Schuman-Plan – 75 Jahre Europa“ lud die EUL am 3. April in die Hauptstadt ein.

Zunächst diskutierten fünf luxemburgische Europaabgeordnete – die Parlamentariergruppe der EUL im EP war vollzählig direkt

aus Straßburg angereist – mit jungen Menschen über aktuelle Themen unter der Leitung des Vereinsvorsitzenden Stefan Kohler.

Danach präsentierte Ingo Espenschied, EUD-Präsidiumsmitglied und Geschäftsführer von „DOKULIVE“, eine Multimediashow, in der die Entwicklung der Europäischen Union mit ihren Anfängen und unter gebührender Würdigung ihrer „Gründungsväter“ sehr anschaulich gezeigt wurde.

Es schloss sich eine Paneldiskussion mit Sarah Reisinger, JEF Baden-Württemberg, Karl-Heinz Lambertz, Ministerpräsident a. D. und ehem. Vorsitzender des Europäischen Ausschusses der Regionen, und Stefan Kohler an. Moderiert wurde die Runde von Prof. Dr. Anna-Lena Högenauer, Universität Luxemburg.

Sarah Reisinger brachte die Verzweiflung vieler junger Menschen zum Ausdruck: „Uns liegt die Bekämpfung des Klimawandels weiterhin am Herzen, aber viele junge Menschen sind schlicht frustriert angesichts der Tatsache, dass die Maßnahmen zu langsam gehen und teilweise sogar wieder zurückgedreht werden.“ Karl-Heinz Lambertz argumentierte

aus der Perspektive eines erfahrenen Politikers und stellte die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als große Chance dar. Stefan Kohler betonte, dass die Gründung der Europa-Union Luxemburg im Jahre 2017 unter dem Eindruck der ersten Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA und des Brexits erfolgte. Viele europäische Errungenschaften würden als selbstverständlich gelten

und dies werde erst bewusst, wenn sie verloren gingen. Er nannte als jüngste Beispiele die einseitigen Grenzschießungen während der Coronapandemie und die rezent eingeführten dauerhaften Grenzkontrollen innerhalb des Schengenraumes, die gerade hier in der Großregion auf Unverständnis stießen. Die Europa-Union wird weiterhin in diesem Sinne aktiv sein und Position beziehen.

Der Europaabgeordnete Charles Goerens



Im Lichte des historischen Jubiläums wurden aktuelle Fragen zur Lage und Zukunft der EU diskutiert.

Beide Fotos: EUL/Kateryna Mostova

(DP) zeichnete ein düsteres Bild der aktuellen Weltlage: „Wenn wir die aktuelle Situation mit vergangenen Krisen vergleichen, dann sind wir im Jahr 1938 oder sogar im Jahr 1939. Die Situation ist sehr ernst und Europa muss eine gemeinsame Antwort auf die aktuellen Herausforderungen finden.“

Auf die Frage der Moderatorin, inwiefern die deutsch-französische Zusammenarbeit zur Lösung der aktuellen Herausforderungen hilfreich sein könnte, entgegnete der EUL-Vorsitzende: „Es sind nicht nur die Staatslenker gefragt, es geht nicht nur um Politikerinnen und Politiker. Demokratie lebt vom Mitmachen, wir alle sind aufgefordert, daran mitzuwirken. Jeder einzelne Bürger sollte seine Verantwortung wahrnehmen, um Demokratie und Grundwerte zu verteidigen.“

Marc Angel (LSAP) sprach die Gefährdung von Minderheiten an und erwähnte insbesondere Ungarn als mahnendes Beispiel: „Wir müssen unsere gemeinsamen Werte verteidigen.“ Tilly Metz (Grüne) stimmte zu und gab angesichts der globalen Bedrohungslage zu Bedenken, dass auch die Bekämpfung des Klimawandels und soziale Fragen darüber nicht vergessen werden dürften.

Mit über 100 Gästen war es ein sehr gelungener Abend, zu dem uns viele positive Rückmeldungen erreicht haben. Die EUL bedankt sich bei der Stiftung Forum Europa Luxemburg, vertreten durch Peter Beck und Christoph Langenbrink, für die finanzielle Förderung der Veranstaltung sowie bei der Deutschen Botschaft in Luxemburg, der Stadt Luxemburg, der JEF Luxembourg sowie bei allen Mithelfern.

Verantwortlich: Stefan Kohler

Nordrhein–Westfalen

LUX Publikumspreis

Wie bereits im Vorjahr haben sich die NRW-Kreisverbände Bocholt und Bonn/Rhein-Sieg am LUX-Publikumspreis 2025 beteiligt.

Mit dem Preis, der jährlich vom Europäischen Parlament und der Europäischen Filmakademie vergeben wird, sollen ein breites Publikum angesprochen und gesellschaftliche Themen mit klarem Bezug zu den Werten der EU in den Fokus gerückt werden.

In diesem Jahr wurden fünf Filme von einer Jury von Filmexperten aus ganz Europa für den Preis nominiert, die dem Publikum zur Bewertung – bei freiem Eintritt – vorgestellt wurden. Im vergangenen Jahr kamen rund 45.000 Bewertungen von Menschen aus der gesamten EU zusammen.

Alle Filme sind in internationaler und europäischer Gemeinschaftsproduktion entstanden: An „Animal“ arbeitete ein Produktionsteam aus Griechenland, Österreich, Rumänien, Zypern und Bulgarien, an „Flow“ ein Team aus Lettland, Frankreich und Bel-

gien. „Intercepted“ ist eine Produktion aus Kanada, Frankreich und der Ukraine. Auch „Julie bleibt still“ und „Dahomey“ sind europäische Gemeinschaftsproduktionen.

Während in Bocholt die Filme an fünf aufeinanderfolgenden Freitagen gezeigt wurden, liefen die Filme in Bonn an zwei Abenden. An die Vorführung am zweiten Abend schloss sich eine Diskussionsrunde mit dem ersten Vorsitzenden der Europa-Union Bonn/Rhein-Sieg, Axel Voss MdEP, an.

Erfolgreiche Diskussionsformate

Mit vielfältigen Aktivitäten hat sich die Europa-Union NRW an der Verbandskampagne „Deutschland wählt, Europa zählt“ zur Bundestagswahl beteiligt. Dazu zählten auch zwei erfolgreiche Diskussionsformate der Kreisverbände Bocholt und Bochum.

Die sog. „Wahl-Arena“ wurde von der Europa-Union Bocholt in Kooperation mit Europe Direct Bocholt und der VHS Bocholt-Rhede-Isselburg veranstaltet. Eingeladen und angefragt wurden alle Bewerberinnen und Bewerber des Wahlkreises 125 Borken II, die sich zur Bundestagswahl im Februar 2025 stellten. Das interessierte Publikum durfte nach dem Europa-Wahl-Arena-Format die Politikerinnen und Politiker einzeln befragen. Zur Sprache kam ein breites Themenspektrum, an dem das Publikum interessiert war, darunter die Themen Europa, Energie und Landwirtschaft. Das Wahl-Arena-Format kommt ohne Moderation aus. Damit ist ein maximaler Gedankenaustausch gegeben. Grundlage ist ein respektvoller Umgang miteinander.

Im Bochumer Haus der Geschichte fand eine lebendige Podiumsdiskussion mit vier Direktkandidaten zur Bundestagswahl statt, die sich intensiv mit zentralen Themen der kommenden Bundestagswahl auseinandersetzten. Unter dem Motto „Deutschland wählt, Europa zählt – Europa und Internationales im Blickfeld der Bochumer Bundestagsdirektkandidaten/innen“ diskutierten Leon Beck (FDP), Max Lucks (Die Grünen), Fee Roth (CDU) und Serdar Yüksel (SPD) ihre Positionen und Visionen zur Rolle Deutsch-

lands in europapolitischen und internationalen Fragen. Die gut besuchte Veranstaltung, moderiert von Jürgen Mittag, bot den Anwesenden vielfältige Einblicke in die aktuellen politischen Debatten. Ungeachtet der Vielfalt der vertretenen Meinungen und der Tiefe der Diskussionen zeigte sich, dass die politische Landschaft in Bochum nicht nur lebendig und vielschichtig ist, sondern auch einen fairen und sachlichen Diskussionsstil pflegt. Die Veranstaltung zog ein breites Publikum an, das sich in der zweiten Hälfte der Veranstaltung rege an der Diskussion beteiligte. „Das große Interesse an unserer Veranstaltung lässt auf eine hohe Wahlbeteiligung hoffen. Das wäre ein Gewinn und eine Bestätigung für unsere lebendige Demokratie“, betonten Jürgen Mittag und Lothar Gräfinholt, die beiden Vorsitzenden der Europa Union Bochum.

Studienreisen

Der Kreisverband Leverkusen bot im ersten Quartal eine Reise in die Emilia Romagna, der Kreisverband Steinfurt eine Studienseminarreise in die deutsch-polnische Grenzregion Görlitz/Zgorzelec an. Profunde Informationen zu Politik, Wirtschaft und Kultur über die Regionen, Städte und Länder erwarteten die Reisegruppen. Durch das Prinzip „Lernen vor Ort“ gewannen die Teilnehmenden unterschiedlichste persönliche Eindrücke.

Der Kreisverband Haan setzte seine 16-Länder-Tour mit einer dritten Tour nach Rheinland-Pfalz an einem Wochenende im März fort. Zwei Stadtführungen und eine Führung zum Wirken Hildegard von Bingen brachten der Reisegruppe die Geschichte und Bedeutung der Region näher. Kulinarischer Höhepunkt des Wochenendes wurde eine Vesper mit Weinverkostung im Weinberg und, nicht zu vergessen, der Genuss des traditionellen Saumagens aus der regionalen pfälzischen Küche.

Verantwortlich: Daniela Vogt



Sieger des LUX-Publikumsfilmpreises 2025: Der Animationsfilm „Flow“ unter der Regie des lettischen Regisseurs Gints Zilbalodis

Foto: EU 2025_Quelle: EP/Philippe BUISSIN

Brandenburg

Nur mit einer starken EU bestehen wir den globalen Wettbewerb

Anlässlich des Europatags am 9. Mai hat die Europa-Union Brandenburg (EUBB) Johannes Funke, den Vorsitzenden des Ausschusses für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik des Landtags Brandenburg, nach seinem Blick auf Europa befragt.

EUBB: Herr Funke, der Europatag am 9. Mai wird in der gesamten Europäischen Union und auch hier bei uns in Brandenburg gefeiert. Warum eigentlich und welche Bedeutung hat die Europäische Union für Sie ganz persönlich?

FUNKE: Drei geschichtsträchtige Ereignisse, die die heutige Europäische Union maßgeblich geprägt haben, durfte ich selbst miterleben. Erstens: den Fall der Mauer im November 1989 und die Deutsche Einheit im Oktober 1990. Zweitens: die Osterweiterung der Europäischen Union um zehn Staaten im Mai 2004. Und Drittens: den Wegfall von Grenzkontrollen für Personen zwischen den meisten EU-Staaten im Rahmen des Schengenprozesses. Genau das werde ich eines Tages noch meinen Enkeln erzählen.

EUBB: Und welche Rolle spielt die Europäische Union für Brandenburg, für jede Einzelne und jeden Einzelnen von uns?

FUNKE: Die Freiheit zu arbeiten, wo man möchte und zu reisen, wohin man möchte, war innerhalb der EU noch nie so groß wie heute. Das allein sind Werte, für die es einzustehen lohnt. Bisher haben wir uns ja daran gewöhnt, dass Menschen zum Arbeiten zu uns kommen und wir gern in andere Länder reisen. Das kann natürlich auch umgekehrt sein. Das ist doch großartig!

Eine zweite zentrale Rolle spielen natürlich die EU-Fonds, die uns in Brandenburg viele Dinge überhaupt erst möglich machen. Sei es die Ansiedlung neuer Unternehmen, die Sanierung von Straßen und Brücken oder die Unterstützung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums. So manches Dorfgemeinschaftshaus, mancher Spielplatz im ländlichen Raum oder manches Blühstreifenprojekt in unserer Kulturlandschaft wäre ohne EU-Mittel gar nicht möglich.

EUBB: Welche Herausforderungen und Entwicklungen sehen Sie derzeit, die die Errungenschaften der Europäischen Union gefährden?

FUNKE: Im Kern ist die EU auch ein Wirtschaftsraum mit freiem Warenverkehr. Freier Handel fördert den Wohlstand, und den Wohlstand, den wir heute haben, verdanken wir in großen Teilen einem funktionierenden EU-Binnenmarkt. Wenn wir im harten globalen Wettbewerb bestehen wollen, dann wird das nur mit einer geschlossenen und starken EU gelingen können. Darum muss es gehen. Kein europäisches Land wäre alleine noch wettbewerbsfähig. Freihandelsabkommen wie das geplante Mercosur-Abkommen sehe ich durchaus positiv. In sensiblen Bereichen, wie bei den Agrarprodukten, muss natürlich Augenhöhe gewahrt bleiben.

EUBB: Seit dem 16. Januar sind Sie Vorsitzender des Ausschusses für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik des Landtags Brandenburg. Was kann der Landtag tun, um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken?

FUNKE: Ich gehöre dem Europaausschuss des Brandenburger Landtages bereits seit 2019 an. Somit war mir klar, dass dieser Ausschuss die Funktion eines Türöffners für die internationalen Beziehungen des Landes hat. Noch in diesem Jahr werden wir den Botschafter der Republik Polen und den Botschafter des Königreichs Dänemark zu Gast haben. Wir werden uns mit der Weiterentwicklung des Weimarer Dreiecks und der Arbeit des Europarates zur Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit befassen. Das wiederum wird uns zwingen, über den Krieg in der Ukraine und unser Verhältnis zu Russland zu reden. Königsdisziplin von Abgeordneten ist und bleibt natürlich die Verabschiedung eines Haushaltes, der die zahlreichen grenzübergreifenden Initiativen und Projekte überhaupt erst möglich macht.

EUBB: Die durch die Bundesregierung fortlaufend verlängerten Grenzkontrollen entlang der deutsch-polnischen Grenze widersprechen nicht nur EU-Recht, sondern Sie behindern den grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehr zwischen unseren Ländern. Darunter leiden nicht zuletzt die Menschen vor Ort, beispielsweise in der Grenzregion Frankfurt (Oder) – Stubice. Wie stehen Sie zu den Grenzkontrollen?

FUNKE: Die Einschätzung teile ich voll und ganz. Gerade beim kleinen Grenzverkehr zeigt sich, ob das Zusammenwachsen innerhalb der EU funktioniert oder eben nicht. Das gilt nicht nur für die polnischen Nachbarschaftskommunen. Das trifft für die Kommunen an den deutschen Grenzen zu Österreich, der Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien oder den Niederlanden oder Dänemark genauso zu. Umso wichtiger ist es, dass die Grenzkontrollen entlang von Oder und Neiße auf ein absolut notwendiges Maß beschränkt werden. Genau das haben wir mit einem Landtagsbeschluss im Februar 2025 bereits von der Landes- und der Bundesregierung gefordert. Ohnehin darf sich die Eingrenzung irregulärer Migration nicht auf Maßnahmen an Oder und Neiße beschränken. Hier ist die gesamte EU gefordert.



Im Interview: Johannes Funke

Foto: Karin Gemballa

Hessen

Gespräche mit den EDICs

Die Europe Direct Relais im Bundesland Hessen waren Anlaufstelle der neuen Landesvorsitzenden Ute Wiegand-Fleischhacker. Seit vielen Jahren existiert eine enge Verzahnung zwischen den Bildungs- und Informationsstellen, dem Landesverband und den Kreisverbänden der Europa-Union Hessen.

Ute Wiegand-Fleischhacker war zu Gast bei den Europe Direct Informationszentren Darmstadt, Fulda, NordOstHessen in Kassel und Rhein-Main in Dietzenbach. Sie nutzte die Termine nicht nur zum Dank für die bisherige vertrauensvolle Zusammenarbeit, sondern auch zur Vorstellung ihrer Person und dem Arbeitsprogramm des neuen Landesvorstands der Europa-Union Hessen in der Wahlperiode bis 2026.



Ute Wiegand-Fleischhacker zu Besuch beim EDIC in Fulda ...



... und beim EDIC am Regierungspräsidium Darmstadt
Beide Fotos: EUD Hessen

Lahn-Dill

PubQuiz in Wetzlar: Bereits im vierten Jahr veranstaltete der Kreisverband in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt der Stadt Wetzlar und dem Generalkonsulat der Republik Irland mit Sitz in Frankfurt am Main das allzeit beliebte PubQuiz im Carroll's Pub in der Wetzlarer Altstadt. 40 Mitspieler hatten sich in sieben Teams zusammengefunden, um zu Fragen rund um Europa und um Irland im Besonderen gegeneinander anzutreten. Aaron Reen, der stellv. Generalkonsul, dankte für die Kooperation und betonte wieder einmal die positive Einstellung der irischen Bevölkerung zur Europäischen Union.

Den Sieg trug das Team „Die fantastischen Biertresen und wo sie zu finden sind“ nach Hause. Europa-Union-Kreisvorsitzender Sven Ringsdorf freute sich über den erneut großen Zuspruch und sagte eine Wiederholung im nächsten Jahr zu.



Fröhliche Stimmung unter den Ratebegeisterten beim PubQuiz in Wetzlar
Foto: Sven Ringsdorf

Kriegsführung aktuell vehement ändern. Eine hybride Kriegspolitik seitens des russischen Aggressors mit vielfachen Cyberangriffen eröffne ein neues Feld von Bedrohungslagen.

Wiesbaden-Rheingau-Taunus

Parlamentsbesuch: Mit 49 hoch motivierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern besuchte die Europa-Union unter Leitung ihres Vorsitzenden Peter H. Niederelz die Plenarsitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg. Darunter waren auch ukrainische Gäste und die Bundespreisträger des diesjährigen Europäischen Wettbewerbs aus der Region: Elly Than mit ihrer Betreuungslehrerin Gianina Baumann von der Obermayr Europa-Schule, Fabienne Köhler mit ihrer Betreuungslehrerin Katja Thorn aus der Diltey-Schule und Imad Arab mit seiner Mutter Najat von der Wilhelm-Leuschner-Schule.

Die Europa-Union lädt als Mitveranstalterin die regionalen Bundessieger im Europäischen Wettbewerb mit Betreuung jedes Jahr nach Straßburg ein. Die nächste Wettbewerbsrunde beginnt unter dem Motto „Menschenrechte-Kinderrechte“ nach den Sommerferien. „Wir werben dafür, dass sich alle Schulen, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte daran beteiligen“, so Peter Niederelz.

Nach einem Besuch der Plenarsitzung im eindrucksvollen Plenarsaal wurde die Gruppe auch von Michael Gahler MdEP empfangen, der die teilnehmenden Gäste aus der Ukraine in ukrainischer Sprache begrüßte.

Verantwortlich: Sven Ringsdorf

Groß-Gerau

Michael Gahler zu Gast: Der Europa-abgeordnete Michael Gahler sprach auf der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Groß-Gerau. Er stellte heraus, dass Europa nicht nur durch den Ukraine-Krieg und den Konflikt im Nahen Osten einer besonderen Herausforderung gegenüberstehe, sondern auch der neue US-Präsident Donald Trump durch seine Zoll-Politik den Zusammenhalt und die Einigkeit der EU-Mitglieder auf die Probe stelle. Donald Trump habe im Gegensatz zu seiner ersten Amtszeit die Möglichkeit gehabt, sich intensiv auf seine Aufgabe vorzubereiten. Seine Überlegungen und politischen Ansätze bringen den globalen Handel aus seinen Fugen. Die Europäische Union werde mit Gegenzöllen konsequent auf die einseitigen Handelsangriffe des US-Präsidenten reagieren, so Gahler.

Im Fokus stand auch die Arbeit Michael Gahlers im Auswärtigen Ausschuss des EU-Parlaments. Im Rahmen dieser Tätigkeit besuchte er bereits mehrfach die Ukraine und konnte von den Geschehnissen und Eindrücken hautnah berichten. Zu beobachten sei, dass sich die Art der

Baden-Württemberg

Europäisches Jugendorchester

Zum sechsten Mal fand 2025 in Mannheim die European Youth Orchestra Academy (EYOA) statt. 120 junge Musikerinnen und Musiker aus 21 Mitgliedstaaten der EU, aus der Ukraine und Großbritannien kamen zusammen, um zehn Tage gemeinsam auf ein Konzert hin zu proben. Das Konzert fand in der Oper am Mannheimer Luisenpark statt. Auf dem Programm standen u. a. Christian Cannabichs „Les fêtes du Séraïl“ sowie das 3. Klavierkonzert und die 5. Sinfonie von Ludwig van Beethoven.

Die EYOA steht unter der Schirmherrschaft der Europa-Union Baden-Württemberg, des Europäischen Parlaments und der Stadt Mannheim. Landesvorsitzende Evelyne Gebhardt: „Die European Youth Orchestra Academy ist eine wunderbare Gelegenheit, nicht nur musikalisches Talent zu fördern, sondern auch die europäischen Ideale von Zusammenarbeit, Verständigung und kulturellem Austausch zu leben.“

Junge Europäer – JEF

Bildungsfahrt nach Barcelona: In diesem Jahr hat der JEF-Landesverband im Rahmen der Vier-Motoren-Strategie der EU eine Bildungsfahrt nach Barcelona organisiert. Die Strategie verbindet die vier Regio-

nen Auvergne-Rhône-Alpes, die Lombardei, Katalonien und Baden-Württemberg miteinander und regt in vielen Bereichen Kooperationsprojekte an. Dies war Anlass für uns, 20 jungen Menschen eine spannende und informative Reise nach Spanien zu ermöglichen.

Wir hatten die Chance, das katalonische Regionalparlament zu besuchen und ein Abgeordnetengespräch mit Alberto Bondesio (PSC) zu führen. Er gab uns spannende Einblicke in die aktuelle politische Lage in Katalonien und brachte diese immer wieder in Zusammenhang mit Entwicklungen in Deutschland. Auch das katalonische Außenministerium hat uns willkommen geheißen. Vertreterinnen des Ministeriums erklärten, wie Katalonien im europäischen Kontext einzuordnen ist und welche EU-Projekte dort umgesetzt werden. Ein Besuch im deutschen Generalkonsulat, wo wir uns mit dem stellv. Generalkonsul Patrick Heinz austauschen konnten, rundete das politische Programm der Fahrt ab.

Auch die Kultur kam nicht zu kurz. Wir haben uns den Werken Gaudís gewidmet, die Sagrada Familia und den Park Güell besucht, vom hochgelegenen Bunker del Carmel den Blick über die Stadt genießen können und auf dem Montjuïc das Castell, den Palau Nacional und das Viertel der Olympischen Spiele 1992 sowie der Weltausstellung 1929 besichtigt.

Ulm-Alb-Donau-Riss

Neuaufstellung: Der Gebietsverband hat sich neu aufgestellt. Bei einer Mitgliederversammlung in Ulm wurden Peter Langer und Johannes Merseburg als Co-Vorsitzende, Jannik Parbler als Schatzmeister, Lorenz Hoffmann und Alexander Kulitz als Beisitzer in den Vorstand gewählt. Das neue Team hat bereits Pläne für einige Veranstaltungen entwickelt.

Karlsruhe

Europarat: Das Ziel einer Exkursion des Kreisverbandes war der Europarat in Straßburg. Nach einem einführenden Vortrag durch den Besucherdienst, einem informativen Video über die Europäische Menschenrechtskonvention sowie einer virtuellen Führung durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte hatte die Gruppe Gelegenheit, auf der Tribüne die Sitzung der parlamentarischen Versammlung zu verfolgen. Hier gab es eine Aussprache über einen Bericht, der sich mit der Bedrohung der Demokratie in Europa befasste. Im Anschluss ging es im Bus wieder zurück über den Rhein in Richtung Bühl zur Affentaler Winzergenossenschaft. Dort erhielt die Gruppe Einblicke in den Produktionsbetrieb mit einer unterhaltsamen Weinprobe zum Abschluss.

Lothringen-Reise: Eine mehrtägige Reise führte die Europa-Union nach Lothringen. Erstes Ziel war Metz. Dort lernte die Gruppe die Kathedrale kennen. Es schloss sich ein Stadtrundgang an. Zweite Etappe war Nancy, die Partnerstadt von Karlsruhe. Im Rathaus stellte Frau Rossel, Projektbeauftragte von EUROPE-Direct, die Aufgaben und Programme in der Jugendarbeit des Vereins CRISTEEL vor. Ein Empfang zu 70 Jahren Städtepartnerschaft durch Bürgermeister Antoine Le Solleuz sowie Verena Denry, Leiterin der Abt. für internationale Beziehungen, rundeten den Vormittag ab. Danach entdeckte die Gruppe mit einer Stadtführerin die alte Herzogstadt. Den Abschluss der Reise bildete der Besuch des UNESCO-Weltkulturerbes Völklinger Hütte im Saarland.

Pforzheim/Enzkreis

Neuer Vorstand: Der Kreisverband hat einen neuen Vorstand. Bei einer Mitgliederversammlung wurde Dr. Sunita Vimal als neue Vorsitzende gewählt. Im Amt bestätigt wurden Anna-Lena Beilschmidt und Jürgen Hörstmann als stellv. Vorsitzende. Dem neuen Vorstandsteam gehören zudem Daniel Gerjets, Anita Kocsis, Nadja Linhart, Michael Oschatz und Raimund Richter an.

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg



Die Jugendgruppe aus Baden-Württemberg in Barcelona

Foto: JEF BW

Niedersachsen

Europa braucht Sichtbarkeit!

Der niedersächsische Landesverband kritisiert die unter dem neuen Ministerpräsidenten Olaf Lies erfolgte Auflösung des eigenständigen Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Regionale Entwicklung. Die Zuständigkeiten für Europa sind nahezu vollständig in die Staatskanzlei verlagert worden.

„Die Entscheidung, das eigenständige Europaministerium aufzugeben, ist ein dauerhafter Rückschritt in der Sichtbarkeit und institutionellen Verankerung europapolitischer Verantwortung in Niedersachsen“, erklärt Landesvorsitzender Harm Adam. „Mit der Wiedereinrichtung des Ministeriums im Jahr 2017 hatte Niedersachsen bundesweit ein starkes Zeichen gesetzt – ein Zeichen, das nun strukturell abgeschwächt wird.“ Zwar wird europapolitische Arbeit in anderen Bundesländern vielfach innerhalb der Staatskanzlei organisiert, doch hatte Niedersachsen mit seinem eigenständigen Ministerium eine klare Vorreiterrolle übernommen. Diese wird durch die aktuelle Entscheidung aufgegeben.

Die Europa-Union Niedersachsen spricht der bisherigen Ministerin Wiebke Osigus ihren ausdrücklichen Dank aus. Gleichzeitig richtet sich die Erwartung an die neue Ministerin für Europaangelegenheiten in der Staatskanzlei, Melanie Walter: „Wir wünschen ihr Fortüne und politisches Gewicht für diese anspruchsvolle Aufgabe. Es ist entscheidend, dass sie einen engen Draht nach Brüssel und zur Bundesebene hält.“

Die Europa-Union Niedersachsen betont, dass die strukturelle Neuordnung nicht als Ausdruck einer sinkenden Bedeutung Europas in der deutschen Politik verstanden werden darf. „Gerade angesichts geopolitischer Herausforderungen, des Klimawandels, wirtschaftlicher Umbrüche und der globalen Sicherheitslage brauchen wir mehr Europa, nicht weniger. Dies gilt für alle politischen Ebenen“, so Adam. „Wir fordern deshalb, dass der Wille zur aktiven Mitwirkung Niedersachsens an der europäischen

Einigung und der institutionellen Stärkung der Europäischen Union ausdrücklich in die Landesverfassung aufgenommen wird.“

Hameln-Bad Pyrmont

EU-Freunde in Hameln-Pyrmont jetzt vereint: Die überparteilichen Europafreunde im Weserbergland bündeln vor dem Hintergrund der gegenwärtigen politischen Lage ihre Kräfte. Nach fast 80 Jahren haben sich die bisher getrennt agierenden Verbände Hameln und Bad Pyrmont zum Kreisverband Hameln-Pyrmont zusammengeschlossen. Zudem erleben sie einen Zulauf politisch besorgter junger Menschen. „Europa zählt mehr denn je!“, heißt es daher in einer Adresse an die künftige Bundesregierung.

Co-Vorsitzende der neuen Europa-Union Hameln-Pyrmont sind Cord Wilhelm Kiel und Dr. Martin Holme. Als stellv. Vorsitzende fungieren Felix Brand (JEF) und Uwe Klüter, der vorübergehend auch als Schatzmeister wirkt. Beisitzerinnen und Beisitzer sind Dietgard Fricke, Anne Kietzmann, Horst Lorenzen, Johannes Schrapf MdB sowie Rüdiger Zemlin, Vertreter der JEF ist deren Kreisvorsitzender Cenk Yilmaz. Zusätzliche Sprecher der beiden ebenfalls neuen, nichtselbständigen Stadtverbände sind Marc Fisser (Hameln) sowie Sebastian Hagedorn (Bad Pyrmont).



Der neue Kreisvorstand in Hameln-Pyrmont

Foto: Dr. Rolf Steinbach

Emsland, Osterholz und Diepholz

Neue Vorsitzende: Die Europa-Union Emsland hat sich neu aufgestellt. Bei der gut besuchten Mitgliederversammlung wurde Roswitha Sehrbrock zur neuen Vorsitzenden gewählt. Unterstützt wird sie dabei von



Marcus Oberstedt (r.) übergab den Vorsitz des KV Osterholz an Jörg Struckmeier.

Foto: Marcus Wiedelmann

einem engagierten Vorstandsteam: Dietmar Schäfer übernimmt das Amt des stellv. Vorsitzenden, Josef Penning kümmert sich um die Finanzen, Sascha Vogt verantwortet Presse- und Internetarbeit, Jens Jungeblut komplettiert das Team als Beisitzer.

Nach 20 Jahren engagierter Vorstandarbeit hat Marcus Oberstedt den Vorsitz des Kreisverbandes Osterholz an Jörg Struckmeier abgetreten. Die Mitgliederversammlung wählte den neuen Kreisvorsitzenden einstimmig. Marcus Oberstedt wurde zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

Auch der Kreisverband Diepholz hat einen neuen Vorsitzenden: Nach 23 Jahren an der Spitze übergab Gerhard Thiel sein Amt an Marc Küpker. Auf der Mitgliederversammlung wurden außerdem Lorenz Mestwerdt, Petra Groß und Gerhard Kropf als stellv. Vorsitzende gewählt. Karsten Gallip ist neuer Geschäftsführer, Annette Wöstmann Schriftführerin und André Borchers

behält das Amt des Schatzmeisters. Sieben Beisitzer komplettieren das Team. Gerhard Thiel ist nunmehr Ehrenmitglied und Ehrenvorsitzender des Kreisverbandes, bleibt aber noch im Landesvorstand aktiv.

Verantwortlich: Cord Wilhelm Kiel

Bremen

Kundgebung gegen Ostermarsch

Die Europa-Union Bremen war eingeladen, bei dem 1. Ukrainischen Kulturfest auf dem Domshof in Bremen zu sprechen und die Perspektive der Ukraine gegen Putins Angriffskrieg zu bekräftigen.

Landesvorsitzende Dr. Helga Trüpel hat am 19. April folgende Rede gehalten:

„Der Wunsch nach Frieden eint uns! Das ist nicht zu kritisieren, besser als die, die Krieg wollten und wollen. Putin und die Hamas wollten Krieg. Die Nato wollte keinen Krieg.

Die Nato ist nicht schuld, wie einige immer noch behaupten und damit russische Interessen in der deutschen Innenpolitik betreiben, wie Wagenknecht. Putin mit seiner Angst vor der Demokratie in der Ukraine und seinem Revisionismus, das alte Großrussland wieder herzustellen, ist der Schuldige.



Foto: Helga Trüpel

Frieden und Menschenrechte gehören zusammen. Seit Jahren hat Putin die Menschenrechte in Russland immer weiter eingeschränkt und sich auf die Vollinvasion 2022 vorbereitet. Auch jetzt rüstet er weiter auf.

Wir wollen einen gerechten Frieden, kei-

nen Diktatfrieden für die Ukraine.

Putin will offensichtlich nicht mal einen Waffenstillstand, sonst hätte er am Palmsonntag nicht Zivilisten in Sumy brutal bombardiert.

Deswegen muss die EU, muss Deutschland die Ukraine klarer, kräftiger und schneller unterstützen, damit sie in eine bessere Verhandlungsposition dem Aggressor Putin gegenüber kommt. Eine Taurus-Lieferung ist wichtig, aber das alleine reicht nicht. Es muss eine Paketlösung sein, und die muss europäisch sein!

Die Europäische Union muss jetzt handeln und Deutschland in der EU eine dienende Führungsrolle spielen. Im Verein mit Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien, Polen, Skandinavien und dem Baltikum muss es eine Koalition der Willigen für eine Sicherheitspolitik in der EU geben.

Wer sich verteidigen kann durch militärische Abschreckung, sichert den Frieden gegen einen Aggressor wie Putin."

Verantwortlich: Dr. Helga Trüpel

Saarland

Präsidentin der JEF Europe zu Gast

Im Rahmen unserer Veranstaltungsreihe „Rendez-vous mit Europa“ durften wir diesmal Christelle Savall, die Präsidentin der Young European Federalists (JEF Europe), begrüßen. Vor zahlreichen interessierten Gästen gab sie spannende Einblicke in ihre Arbeit auf europäischer Ebene und beleuchtete die Herausforderungen, vor denen die föderalistische Jugendbewegung derzeit steht.

Ein zentrales Thema war die Bedeutung grenzüberschreitender Zusammenarbeit – etwa bei europaweiten Demonstrationen oder beim Aufbau neuer nationaler JEF-Organisationen. Savall betonte, wie wichtig dabei eine gute Koordination ist: Während es für regionale Verbände bereits eine Herausforderung darstelle, neue Mitglieder zu gewinnen, sei es umso schwieriger, in anderen Ländern von Grund auf neue Strukturen aufzubauen. Umso entscheidender sei deshalb die Unterstützung durch Institutionen

wie die Europäische Kommission.

Besonders eindrücklich berichtete Savall vom JEF-Projekt „Democracy under Pressure“, das sich seit 2006 für die Stärkung der Demokratie in Europa einsetzt. Angesichts des Erstarkens autoritärer Kräfte in Europa komme diesem Projekt eine neue Dringlichkeit zu. Gerade hier werde deutlich, wie notwendig eine enge, gesamteuropäische Zusammenarbeit sei – denn nur gemeinsam lasse sich demokratischen Rückschritten wirksam begegnen.

Neben ihrem Engagement bei der JEF gab Christelle Savall auch Einblicke in ihre berufliche Tätigkeit bei der Europäischen Investitionsbank. Dort ist sie für die Betreuung von Infrastrukturprojekten in West- und Zentralafrika zuständig – ein weiteres Beispiel für die globale Verantwortung, die Europa übernimmt.

Im Anschluss an den Vortrag entwickelte sich eine lebhafte Diskussion mit dem Publikum. Im Mittelpunkt standen Fragen zur möglichen EU-Erweiterung, insbesondere im Hinblick auf Georgien und die Staaten des westlichen Balkans, sowie zur Rolle der



„Rendez-vous“ mit Christelle Savall

Foto: EUD Saar

EU in einer Welt, in der die Vereinigten Staaten zunehmend als Leitfigur für Freiheit und Chancen an Strahlkraft verlieren.

Wir bedanken uns herzlich bei Christelle Savall für ihre offenen Einblicke und bei allen Teilnehmenden für das große Interesse und die engagierte Diskussion!

Verantwortlich: Felix Marten

Berlin

Die Bioklippe meistern

15. März, 14.15 Uhr, gemeinsamer EUD/JEF-Bundesausschuss. Als nach der Wechselfpause die ersten neuen Teilnehmenden in den Workshop-Raum kommen, ist die Diskussion der ersten Gruppe noch in vollem Gange. Eigentlich war jetzt der zweite Durchlauf geplant, doch wir disponieren spontan um: Statt die engagierte Debatte zu stoppen und von vorne anzufangen, integrieren wir die Neuankömmlinge einfach.

Diskutiert wird der Übergang von der JEF zur Europa-Union. Ein zentraler Punkt ist die sogenannte „Bioklippe“ – der Moment, in dem Mitglieder aus Altersgründen die JEF verlassen müssen und als Aktive verloren gehen. Aber bricht die Beteiligung wirklich so abrupt ab? Die Diskussion wird kurz unterbrochen, um beispielhaft die Mitgliederbewegungen der Europa-Union Berlin aufzulegen, die den Workshop gemeinsam mit der JEF Berlin-Brandenburg organisiert hat.

Diese Auswertung war bereits in der ersten Runde Thema und zeichnet ein anderes



Regel Austausch im Workshop

Foto: Lutz Gude/JEF

Bild: Ohne die JEF würde der Europa-Union eine wichtige Nachwuchsbasis fehlen, da die meisten Mitglieder bis Ende 20 beitreten. Sie verabschieden sich dann aber nicht aus beiden Verbänden, weil sie die JEF verlassen müssen, sondern wachsen zwischen 28 und 38 Jahren heraus.

Die Unterbrechung der Diskussion nutzen wir, um auch noch die Ergebnisse der ersten Runde zu betrachten. JEF und Europa-Union hatten getrennt diskutiert: Was unterscheidet uns? Wie sehen wir den anderen Verband? Wie gestalten wir den Übergang für Mitglieder, wenn die JEF nicht mehr und die EUD noch nicht so richtig passt? Während die Ergebnisse vorgestellt werden, beginnt die Diskussion erneut. Differenzen kommen

zur Sprache, aber auch das, was uns verbindet: Wir ♥ Europa.

Als Fazit steht: Mit dem Wechsel der Lebensphasen, etwa durch Berufseinstieg oder Familiengründung, müssen neue Perspektiven entstehen. Dieser Wandel braucht Raum und Zeit statt eines Bruchs.

JEF und EUD sollten diesen Übergang gemeinsam gestalten: durch gemeinsame Veranstaltungen, Planungen, Kampagnen – auf Augenhöhe. Das hilft, Mitglieder in beiden Verbänden zu halten.

Dies erfordert Offenheit, Akzeptanz für unterschiedliche Verbandskulturen, gegenseitiges Lernen. Aber nicht Anpassung. Und wir brauchen mehr Projektcharakter, mehr Flexibilität und die Möglichkeit für Mitglieder, eingebunden zu bleiben, auch wenn man gerade keine Zeit hat.

Als nur noch die Organisierenden im Raum sind, lassen wir den Workshop Revue passieren. Es war eine starke Diskussion, ein guter Austausch. Jetzt sind die Landes- und Kreisverbände am Zug.

Verantwortlich: Magnus Nufer

Sachsen-Anhalt

Halle-Saalekreis

Aktiv in Halle und Sachsen-Anhalt:

Die Europa-Union Halle-Saalekreis war in den vergangenen Monaten vielfältig aktiv: Seit Januar 2025 vertreten wir mit unserem Vorsitzenden David Horn als Mitglied und unserem Schatzmeister Tom Gerber als Stellvertreter die europäische Idee im Begleitausschuss der lokalen Partnerschaft für Demokratie, der „Hallianz für Vielfalt“. In diesem wichtigsten Gremium zur Förderung von Demokratieprojekten in Halle bringen wir unsere Perspektiven aktiv ein.

Im März hielten wir eine Vorstandssitzung ab. Schwerpunkte waren die Auswertung vergangener Wahlen sowie die Vorbereitung unserer Landes- und Kreisversammlung am 9. Mai. Besonders gefreut haben wir uns, unserem engagierten Gründungs- und Vorstandsmitglied Dr. Alexander Vogt herzlich

zur Wahl zum neuen Oberbürgermeister von Halle (Saale) zu gratulieren. Wir wünschen ihm für die neue Aufgabe alles Gute und freuen uns sehr, dass ein leidenschaftlicher Europäer die Wahl gewonnen hat. Alexander Vogt gehörte im Juni 2022 zu den Mitbegründern der Europa-Union Halle-Saalekreis, war bis September 2024 deren Vorsitzender und wirkt mit im Interims-Landesverband der Europa-Union Sachsen-Anhalt.

Im April nahmen unsere stellv. Vorsitzende Dr. Iris Kinitz und unser Neumitglied Klaus Fischer für unseren Verein am Europäischen Frühlingsgespräch Sachsen-Anhalt im Palais am Fürstenwall in Magdeburg teil. Thema der hochkarätig besetzten Veranstaltung war die aktuelle polnische EU-Ratspräsidentschaft und ihre Bedeutung für Sachsen-Anhalt und Europa.

Für den Sommer sind bereits die nächsten Aktivitäten geplant: Im Juni 2025 möchten wir gemeinsam einen Ausflug zur tra-



(v. l.) Dr. Iris Kinitz, David Horn, Dr. Alexander Vogt, Tom Gerber, Susanne Arndt

Foto: EUD Halle-Saalekreis

ditionsreichen Mansfelder Bergwerksbahn unternehmen – ein Erlebnis, das nicht nur Eisenbahnfreunde begeistert, sondern auch ein lebendiges Zeugnis europäischer Industriegeschichte darstellt.

Verantwortlich: David Horn

Schleswig-Holstein

European Youth Parliament im Landtag

Dass Demokratiebildung und Jugendbeteiligung in Schleswig-Holstein groß geschrieben werden, zeigt auch das European Youth Parliament (EYP), das am 16. und 17. April im Kieler Landtag zusammengekommen ist. Entsprechend der Örtlichkeit – dem schönsten Plenarsaal der Republik, direkt an der Ostsee gelegen – ging es in der Parlamentssimulation darum, die Ostsee für die Zukunft fit zu machen: „Transformation von Küstenregionen: Resilienz und nachhaltige Entwicklung im Angesicht globaler Herausforderungen“, so die Überschrift der Debatte.



Das Europäische Jugendparlament im Plenarsaal des Kieler Landtages
Foto: EUSH

Begrüßt wurden die rund 160 Schülerinnen und Schüler, die aus Deutschland und vielen anderen EU-Mitgliedsländern kamen, von Landtagspräsidentin Kristina Herbst. Mit Blick auf die Bedrohungen, mit denen sich Europa derzeit konfrontiert sieht, rief sie die teilnehmenden Jugendlichen dazu auf, die Freiheit, die wir in Europa haben, auch zu nutzen und das Europa von morgen aktiv mitzugestalten. Das Europäische Jugendparlament werde für alle ein unvergessliches Erlebnis bleiben, so Herbst abschließend. Im Anschluss wurde fleißig debattiert und die Mittagspause zum Knüpfen neuer Kontakte genutzt. Dabei durfte natürlich auch die Europa-Union Schleswig-Holstein nicht fehlen, die die Anwesenden mit Infomaterialien versorgte.

Das Europäische Jugendparlament in Deutschland ist ein Verein, der es sich seit über 30 Jahren zur Aufgabe gemacht hat, junge Menschen zu ermutigen, sich aktiv gesellschaftlich und politisch zu engagieren. Das dies auch in Zeiten wachsender Politikverdrossenheit noch funktioniert, hat die Veranstaltung in Schleswig-Holstein deutlich gemacht.

Zertifikatskurs Europakompetenz

Ob Klimawandel, Migration oder der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine – Europa ist so präsent wie selten zuvor. Umso wichtiger ist es, vor allem jungen Menschen die europäische Idee näherzubringen, demokratische Prozesse zu vermitteln und so zu einem friedlichen, geeinten Europa beizutragen.

Doch wie lässt sich dieses komplexe Thema altersgerecht in den Unterricht integrieren – auch außerhalb klassischer gesellschaftswissenschaftlicher Fächer? Genau hier setzt der Zertifikatskurs Europakompetenz des Instituts für Qualitätssicherung an Schulen in Schleswig-Holstein (IQSH) an. Ziel des Kurses ist es, Lehrkräfte aller Schularten und Fachrichtungen zu unterstützen, Europa in ihre Schulen zu tragen – und dabei ein euro-

paweites Lehrkräfte-Netzwerk aufzubauen.

Vom 7. bis 9. April fand der Kurs in Berlin statt – mit rund 30 Lehrkräften, überwiegend aus Schleswig-Holstein, aber auch aus EU-Ländern wie Frankreich, Griechenland oder Rumänien. Ebenso vielfältig waren die Schulformen: von Grund- und Gemeinschaftsschulen über Gymnasien bis hin zu berufsbildenden Schulen.

Inhaltlich deckt der Kurs ein breites Spektrum ab – von den UN-Nachhaltigkeitszielen über handlungsorientiertes Service-Learning bis hin zu praxisnahen Ideen, wie Europa spielerisch in den Unterricht eingebunden werden kann. Hier bringt sich die Europa-Union Schleswig-Holstein (EUSH) ein: Sie vermittelt den Teilnehmenden konkrete Methoden und Tools – unabhängig vom Fach, vom Vorwissen der Schülerinnen und Schüler oder der Schulform.

Die Lehrkräfte lernten, wie sie das Thema Europa eigenständig in ihren Unterricht integrieren können – z. B. über den Europäischen Wettbewerb, Europakarten als Rätselspiel, Online- oder Planspiele der Europa-Union und der JEF SH. So wurde ein Planspiel zur EU-Flucht- und Migrationspolitik beispielhaft ausprobiert – mit der Herausforderung, politische Standpunkte zu vertreten, die man selbst vielleicht nicht teilt.

Auch der Austausch kam nicht zu kurz: Erste Projektideen für Schulen in Schleswig-Holstein wurden direkt vor Ort vereinbart. Abschließend ist von allen Teilnehmenden ein eigenes Projekt im schulischen Kontext umzusetzen. Nach der Präsentation dieses Projekts – sechs bis 24 Monate später – wird das Zertifikat Europakompetenz verliehen.

Der Kurs ist kostenfrei und richtet sich an Lehrkräfte aus ganz Europa. Der nächste Durchgang findet voraussichtlich vom 24. bis 27. November 2025 in Schleswig-Holstein statt.



Europa verstehen und in die Schulen tragen – mit dem Zertifikatskurs für Lehrkräfte
Foto: IQSH

Verantwortlich:
Ralf Rose

Sachsen

Zwei SimEPs in der Kulturhauptstadt

Erstmals fand die Simulation des Europäischen Parlaments in diesem Jahr an zwei Terminen statt: Am 17. und am 24. März verwandelte sich das Chemnitzer Rathaus in einen Ort der europäischen Demokratie. Passend zum Kulturhauptstadtjahr 2025 wurde Chemnitz so zum Schauplatz europäischer Bildungsarbeit und Jugendpartizipation. Rund 135 Jugendliche aus vier Schulen schlüpften in die Rolle von Europaabgeordneten, unterstützt von 20 engagierten Teamerinnen und Teamern.

Im Mittelpunkt stand das Thema „Europäischer Bürger:innendienst“. Die jungen Europaabgeordneten diskutierten engagiert den Berichtsentwurf der Europäischen Kommission. In Fraktions- und Ausschusssitzungen, informellen Runden, Reden und Workshops wurden Änderungswünsche formuliert, Kompromisse ausgelotet und Änderungsanträge weiterentwickelt. Höhepunkt war die große Plenardebatte mit spannenden Wortbeiträgen und einer finalen Abstimmung über Änderungsanträge und den Gesamtbericht.

Dabei überzeugten die Schülerinnen und

Schüler nicht nur mit ihrer inhaltlichen Auseinandersetzung, sondern sie entwickelten auch wichtige Kompetenzen: Sie erlebten politische Prozesse hautnah, übten sich im Verhandeln, Zuhören, Argumentieren – und konnten Demokratie aktiv mitgestalten.

Parallel fanden für die begleitenden Lehrkräfte ganztägig Workshops statt. Im Gespräch mit Prof. Dr. Monika Oberle von der Goethe-Universität Frankfurt am Main erhielten die Lehrerinnen und Lehrer Einblick in die aktuellen Forschungsergebnisse zu europapolitischen Bildungsangeboten. Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLpB), das Europe Direct Dresden und die Europa-Union stellten verschiedene europapolitische Bildungsangebote und -materialien vor. Am Ende hatten die Lehrkräfte die Möglichkeit, verschiedene didaktische Methoden auszuprobieren.

Das Feedback war durchweg positiv: Viele Jugendliche fühlten sich ernst genommen, hatten Spaß an der Diskussion und wünschen sich zukünftig mehr solcher Formate. Gleichzeitig lernten sie viel über Europa, seine Institutionen und Herausforderungen – ein wichtiger Beitrag zur politischen Bildung, der langfristig Demokratiefähigkeit stärkt, Vorurteile abbaut und Resilienz gegen Populismus und Fake News fördert. Die Lehrkräfte zeigten sich dankbar für den umfangreichen Input und den sinnstiftenden Austausch.



EuropaUnion
Deutschland

Impressum

2/2025

**EUROPA AKTIV –
Aktuelles aus Politik und Verbandsleben**

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.
Chausseestraße 84, 10115 Berlin
Tel.: (0 30) 9 21 01 40 00
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Birgit Köbling (v.i.S.d.P.)
Birka Meyer-Georges

Redaktionsanschrift:

Chausseestraße 84, 10115 Berlin
Tel.: (0 30) 9 21 01 40 00
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18.6.2025
Annahmetermin für Ausgabe 3/2025: 14.7.2025
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Bei Adressänderungen wenden Sie sich bitte an den für Sie zuständigen Landesverband oder direkt an das Generalsekretariat der Europa-Union!

Gesamtherstellung:

SEOTrade Andreas Schreiber
Auf der Ley 5, 53773 Hennef
Mobil: (01 75) 5 28 93 77
E-Mail: info@seotrade.de
Internet: www.seotrade.de

Druck:

GÖRRES-DRUCKEREI UND VERLAG GMBH,
Koblenz/Neuwied
Internet: <https://www.goerres-druckerei.de>

Veranstaltet wurde das Planspiel von der JEF Sachsen in Kooperation mit der Sächsischen Staatskanzlei, der SLpB, der Europa-Union Sachsen, der Stadt Chemnitz und der Kulturhauptstadt Chemnitz gGmbH, dem Europe Direct Dresden sowie dem Europa-Haus Leipzig.

Verantwortlich:

Annika Fleischer, Katharina Wolf



Foto: Chemnitz_print_Corinna Mehl

Europa aktiv komfortabel in der App lesen!

Lesen Sie unser Mitgliedsmagazin bequem von unterwegs aus. Laden Sie sich dafür einfach die **Europa aktiv App** aus den App-Stores von Apple oder Google herunter.

Für die Lektüre auf dem Computer bietet sich das Europa aktiv E-Paper an:
<https://kiosk.europa-union.de>

Europa aktiv App
im Google Play App Store



Europa aktiv App
im Apple App Store



**FÜR
DEMOKRATIE UND
RECHTSSTAAT-
LICHKEIT**
#BesserZusammen

Das Europa-Glücksrad – Ein Muss für jeden Infostand

Das Europa-Glücksrad ist der absolute „Renner“ in unserer Best Practice Sammlung, denn es zieht Menschen magisch an. Selbstgespräche am Infostand sind passé. Ob groß oder klein – alle wollen einmal „am Rad drehen“ und ihr Wissen testen. Zu welchem EU-Land gehört die Flagge? Und wie heißt gleich noch mal die Hauptstadt? Wer es weiß, gewinnt einen Fahrrad-Sattelschoner oder ein Tütchen Gummibären. Das Europa-Glücksrad ist ein Publikumsmagnet für jeden Infostand und sollte in keinem Kreisverband fehlen. Hinweise zur Bestellung und die Anleitung zum Bekleben gibt es auf www.europa-union.de > Service > Best Practice. Dort ist seit neuestem auch eine ergänzte Version der Länderfragen abrufbar, die Stefan Kohler, Vorsitzender der Europa-Union Luxemburg, dankenswerterweise zur Verfügung gestellt hat – und zwar gleich auf Deutsch, Englisch und Französisch! ■



Foto: EUD

Unser EUD-Rednerpool

Sie sind noch auf der Suche nach einer kompetenten Referentin bzw. einem interessanten Gesprächspartner mit Fachexpertise für eine Veranstaltung mit europapolitischer Schwerpunktsetzung? Und sind beim Speakers-Pool der Europäischen Kommission nicht fündig geworden? Dann hilft vielleicht der Rednerpool unseres Verbandes weiter.

Zur Unterstützung der Kreis- und Landesverbände bietet die Europa-Union ein eigenes Verzeichnis an – von Mitgliedern für Mitglieder. Aktive aus dem Verband stellen sich mit ihrer Expertise zu bestimmten Themen als Rednerinnen und Redner zur Verfügung – selbstverständlich ehrenamtlich. Damit soll die Organisation von Veranstaltungen vor Ort erleichtert werden.

Der Rednerpool wird von der AG Verbandsentwicklung des EUD-Bundesverbandes betreut. Vorstände der Europa-Union-Verbände erhalten auf Anfrage Zugriff auf das Verzeichnis, das neben den thematischen Gebieten auch die Kontaktdaten und Wohnorte der Rednerinnen und Redner enthält.

Bei Interesse und Fragen wenden Sie sich bitte an: rednerpool@europa-union.de. ■